A17 Israel und Palästina

Gremium:	Nahost-AG der BAG
Beschlussdatum:	01.04.2021
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

Globalalternative zum Abschnitt Israel und Palästina. Dieser Antrag beruht auf einer Uberarbeitung der Nahost-AG der BAG Frieden und Internationales.

Zeilen 266-280 streichen und ersetzen durch:

Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Enge deutsch-israelische Beziehungen sowie Frieden, Sicherheit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten sind zentrale Anliegen deutscher Außenpolitik. Wir unterstützen eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, die es sowohl Israelis als auch Palästinenser*innen ermöglicht, in nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Sicherheit und Demokratie in ihrer Heimat zu leben – sei es in einer Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 oder einer anderen einvernehmlich erzielten Übereinkunft. Die völkerrechtswidrige Besatzung, die fortschreitende de facto Annexion – unter anderem der Siedlungsbau - und die damit einhergehende Verweigerung grundlegender Menschenrechte der Palästinenser*innen müssen beendet werden. Wir werden uns für einen Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten stark machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Abkommen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten für die Wiederbelebung eines multilateralen Friedensprozesses genutzt werden. Im Rahmen der EU wollen wir in Kooperation mit der US-Regierung neue Initiativen zur Regelung des Konflikts entwickeln. Wir unterstützen in Israel und Palästina die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich für Frieden und Verständigung mit den Nachbarn, eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in der Region sowie den Respekt für internationales Recht und Menschenrechte einsetzen. Mit positiven und negativen Anreizen wollen wir beide Seiten des Konflikts zur Wiederaufnahme direkter und substantieller Friedensgespräche bewegen.

Begründung

Dieser Alternativvorschlag für den Absatz zu Israel und Palästina wurde von der Nahost AG der BAG entwickelt und dort einstimmig angenommen. Es ist die Auffassung der AG, dass durch diese Änderungen ein differenzierteres Verständnis des Nahost-Konflikts geschaffen und die Bestrebungen und Werte unserer grünen Partei - insbesondere die Wahrung von Menschenrechten, internationalem Völkerrecht und nationaler Rechtsstaatlichkeit sowie die Unterstützung von Friedensakteuren und -gesprächen - dargelegt wurde.